

Rüdiger Hachtmann

Anpassung und Nonkonformität. Zur politischen
Positionierung Max Plancks während der NS-Zeit

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.857>

Reprint von:

Rüdiger Hachtmann, Anpassung und Nonkonformität. Zur politischen
Positionierung Max Plancks während der NS-Zeit,
in: Couragierte Wissenschaft. Eine Festschrift für Jürgen John zum 65.
Geburtstag, herausgegeben von Monika Gibas, Rüdiger Stutz und Justus H.
Ulbricht, Glaux Jena, 2007, S. 25-43

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor
für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Rüdiger Hachtmann (2007), Anpassung und Nonkonformität. Zur politischen Positionierung Max Plancks während der NS-Zeit, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.857>

Ursprünglich erschienen als Rüdiger Hachtmann, Anpassung und Nonkonformität. Zur politischen Positionierung Max Plancks während der NS-Zeit, in: Couragierte Wissenschaft. Eine Festschrift für Jürgen John zum 65. Geburtstag, herausgegeben von Monika Gibas, Rüdiger Stutz und Justus H. Ulbricht, Glaux Jena, 2007, S. 25-43

Rüdiger Hachtmann

Anpassung und Nonkonformität

Zur politischen Positionierung Max Plancks während der NS-Zeit

In demokratischen Gesellschaften ist Courage wohlfeil – obwohl es selbst dann für Wissenschaftler und (andere) Intellektuelle durchaus Mut braucht, kritische Positionen gegen den Mainstream zu formulieren, wenn der Arbeitsmarkt überfüllt ist und Anpassung mit Karriere honoriert wird. In Zeiten der Unfreiheit riskieren couragierte Menschen die ökonomische Existenz und manchmal auch Leib und Leben. Die Zeit der größten Unfreiheit in der deutschen Geschichte waren ohne Zweifel die zwölf Jahre, die das »Tausendjährige Reich« überdauerte. Ich werde mich im Folgenden einer Persönlichkeit zuwenden, deren hohes wissenschaftliches Renommee unbestritten ist, deren politisch-moralische Positionierung zwischen 1933 und 1945 jedoch in einem merkwürdigen Halbdunkel verschwimmt. Es geht um Max Planck, den weltberühmten Physiker, der auch während der NS-Zeit wichtige wissenschaftspolitische Ämter innehatte. Nämlich von 1930 bis 1937 als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) amtierte und nach 1933 innerhalb der Preußischen Akademie der Wissenschaften seine Funktion als einer der vier beständigen Sekretare, in die er am 23. März 1912 für die mathematisch-physikalischen Klasse gewählt worden war, beibehielt.

Im Folgenden werden (I.) die politischen Grundeinstellungen Plancks vor der »Machtergreifung« skizziert, sodann (II.) die wichtigsten politischen Äußerungen Plancks als Präsident der KWG referiert. Dabei interessiert insbesondere die Haltung des Physikers gegenüber den Aufrüstungsbestrebungen der »braunen Diktatur« und (III.) die Reaktion Plancks auf den antisemitischen Entlassungsdruck des Regimes. Im Zentrum des Beitrages steht (IV.) die zunehmend kritischere Einstellung Plancks gegenüber Ideologie und Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus ab 1935.

I.

Max Planck, am 23. April 1858 geboren, wurde durch die glorreichen preußischen Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 nachhaltig geprägt. Aufgewachsen in Kiel gehörte der bejubelte Einmarsch preußischer Truppen am 25. Januar 1864 in die Hauptstadt der späteren preußischen Provinz Schleswig-Holstein zu seinen ersten einschneidenden Kindheitserlebnissen. Ein knappes Jahr nach dem Sieg Preußens über Österreich 1866, der die nationale Einigung Deutschlands unter preußischer Führung vorwegnahm und breite Kreise des gebildeten Bürgertums in einen nationalistischen Taumel versetzte, siedelte die Familie nach München über, nachdem der Vater, Johann Julius Wilhelm von Planck, einen Ruf auf den Lehrstuhl für Zivilprozessrecht an der Universität München erhalten hatte. 1878 kehrte Planck nach Berlin zurück, um bei Hermann von Helmholtz und Gustav Kirchhoff an der Friedrich-Wilhelms-

Monika Gibas, Rüdiger Stutz, Justus H. Ulbricht (Hg.)

Couragierte Wissenschaft

Eine Festschrift für Jürgen John zum 65. Geburtstag

Jena 2007

Universität zu studieren, ein Jahr später promovierte er, Mitte 1880 wurde er habilitiert, bereits 1892 war er Ordinarius an der Berliner Universität. Ein gutes Jahr nach der Novemberrevolution, am 15. November 1919, erfuhr Planck, dass er für 1918 den Nobelpreis für Physik erhalten hatte.

Planck war im Stolz auf Preußen, auf seine Armee, seine Könige und die unter Bismarck vollzogene deutsche Einigung aufgewachsen. Verstärkt wurde der Borsismus Plancks durch eine frühe und ungewöhnlich starke Bindung an das evangelische Christentum, das im Reich der Hohenzollern nach der Verschmelzung des lutheranischen mit dem reformierten (calvinistischen) Protestantismus 1817 zur »Altpreussischen Union« bis 1918 de facto den Status einer Staatsreligion besaß. Es kennzeichnet die starke evangelische Frömmigkeit Plancks, dass er von 1920 bis ins hohe Alter in seinem Wohnort Grunewald – einem Villenviertel in Berlin-Wilmersdorf – das Amt des Kirchenältesten ausübte. Rege Kontakte unterhielt er u. a. zu den gleichfalls in Grunewald wohnhaften Dietrich und Karl Bonhoeffer, zum Theologen und Kirchenhistoriker Adolf von Harnack – dem Vorgänger Plancks als Präsident der KWG –, aber auch zu den konservativen Theologen Reinhold und Erich Seeberg, die gleichfalls in dem Berliner Villenviertel wohnten.¹

Die Bedeutung der kirchlichen Bindung auch für Plancks politische Haltung ist kaum zu überschätzen: Seine ausgeprägte protestantische Frömmigkeit und seine so tiefe wie dauerhafte Anhänglichkeit an die Monarchie der Hohenzollern bedingten einander. Planck verkörperte ein »echtes Preußentum«, wie es im 20. Jahrhundert selten werden sollte und strukturell auf weit zurückreichende Eigenarten der preußischen Geschichte zurückzuführen ist: Mit der Reformation in Preußen wurde »die Kirche in den Staat aufgelöst«, ein »Zubehör der Staatsgewalt« und »nützliches Instrument der Beförderung von [staatsfunktionaler] Gesittung und Wohlfahrt« (Otto Hintze).² Die letzte Bemerkung Hintzes zielt auf einen Tugendkatalog, der über viele Generationen eingeübt worden und »echten« Preußen sozusagen in Fleisch und Blut übergegangen war. Vor allem die – von preußischen Theologen weiter elaborierte – Lehre Luthers von der gottgewollten Unterordnung unter die staatliche Obrigkeit prägte den wahren Preußen von Kindesbeinen an, auch noch im 19. Jahrhundert. Ein Aufbegehren gegen die Obrigkeit galt als schwerer Frevel und war für fromme preußische Protestanten wie Planck eigentlich undenkbar. Tiefe Religiosität und Anhänglichkeit an die Monarchie der Hohenzollern markieren den Kern seiner politischen Mentalität, um den sich schon früh bestimmte Sekundärtugenden wie Staatsfrömmigkeit, ein asketisches Arbeitsethos, Unbestechlichkeit und intellektuelle Redlichkeit anlagerten.

Der – in seinen Wurzeln hier nur angedeutete – religiös aufgeladene borussische Traditionalismus machte Erkenntnisprozesse, die über die gewohnten Bahnen hinausgingen, für Planck zu einem persönlichen Kraftakt. Dies gilt zunächst wissenschaftlich: So wollte der Schöpfer der Quantentheorie eigentlich die traditionelle Physik bewahren; die revolutionäre Sprengkraft seiner Erkenntnisse machte ihn unglücklich. Biographen Plancks sprechen hier zu Recht von einer gewissen »Tragik« Plancks. Denn Planck habe »das von ihm entdeckte revolutionäre Neue nach seiner Veranlagung nicht freudig als Beginn eines geistigen Umsturzes begrüßen [können], sondern sich selbst – vom Verstand geführt – Schritt für Schritt vorwärts zwingen [müssen] auf der von ihm selbst

vorgezeichneten Bahn.«³ Diese Bemerkung bezieht sich auf die Quantentheorie, erklärt aber auch, warum Planck zum Befürworter der Relativitätstheorie Einsteins wurde.

Zu einem ähnlichen Kraftakt wie das Zuendedenken bahnbrechender wissenschaftlicher Erkenntnisse wurde für Planck die politisch-weltanschauliche Wende, die er Mitte der 1930er Jahre mit seiner Abkehr vom nazistischen Obrigkeitsstaat vollzog. Um nachvollziehen zu können, welche schwere inneren Kämpfe dem vorausgingen, müssen zunächst weitere Facetten der politischen Mentalität Plancks ausgeleuchtet werden.

Der überzeugte Lutheraner und borussische Monarchist Planck teilte den damals in breiten bürgerlichen Kreisen verbreiteten wilhelminisch-imperialen, militaristisch aufgeladenen Nationalismus. Wie stark er militaristisch-nationalistisch empfand, zeigte der ansonsten zurückhaltende, nüchterne Planck, als er in seiner Funktion als Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität am 3. August 1914 das »sich nun wendende Blatt der Weltgeschichte« beschwor. Weil voraussichtlich »unserem Volke in kurzer Zeit etwas Großes, etwas Ungeheures bevorsteht«, forderte er in der schwülstigen Rhetorik des »Burgfriedens«, dass nun »ein jeder, ob alt oder jung, ob hoch oder niedrig, gewissenhaft auf dem ihm vom Schicksal gewiesenen Posten ausharrt«. ⁴ Diese Emphase war kein Ausrutscher. Einem Schwager gegenüber schwärmte er Mitte September 1914 (nach der gewonnenen Schlacht an den masurischen Seen), »welch herrliche Zeit ist es, die wir erleben«. ⁵ Planck gehörte auch zu den Unterzeichnern des Aufrufs vom 4. Oktober 1914 »An die Kulturwelt«, einem Pamphlet, in dem 93 wilhelminische »Kulturträger« den »demonstrativen Schulterschluss« mit dem »deutschen Heer« erklärten, gegen die angebliche Greuelpropaganda der Kriegsgegner polemisierten sowie Franzosen und Briten das Recht absprachen, sich als Verteidiger der »Zivilisation« darzustellen. ⁶ Dass einer seiner beiden Söhne im Mai 1916 vor Verdun sterben musste, ⁷ konnte den Physiker in seinem Nationalismus nicht beirren. Allerdings war Planck kein annektionistischer Hardliner, sondern zählte bereits 1915 zu der Minderheit der Gelehrten, die sich für einen »Verständigungsfrieden« einsetzten. ⁸

Im Unterschied zu vielen Intellektuellen, die durch die Kriegsgreuel von Bellizisten zu Pazifisten und Demokraten wurden, änderte Planck seine politische Haltung nach der Abdankung des Kaisers nicht. Den Zusammenbruch des Wilhelminismus und den unblutigen Beginn der demokratischen Republik konnte er nur als »Tage des nationalen Unglücks« wahrnehmen. Tröstlich war für ihn, dass wenigstens »eins uns kein äußerer und innerer Feind genommen [habe]: das ist die Stellung, welche die deutsche Wissenschaft in der Welt einnimmt«, so Planck fünf Tage nach der Novemberrevolution. ⁹ An dieser Haltung änderte der Eintritt in die Deutsche Volkspartei nichts: Hingezogen fühlte er sich zur Nachfolgepartei der wilhelminischen Nationalliberalen vor allem, weil jene sich ein »durch freien Entschluß des Volkes auf gesetzmäßigem Wege anzustrebendes Kaisertum« auf die Fahnen geschrieben hatte. ¹⁰

Wie sehr sich Planck als Wahrer wilhelminischer Traditionen verstand, machte er in den ab 1919 heftigen Auseinandersetzungen um die Neubezeichnung der nach dem verjagten letzten deutschen Kaiser benannten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft unmissverständlich deutlich. Am 14. Juli 1930 stellte der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart in Absprache mit dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Preußens Otto Brauer

gegenüber dem KWG-Senat den Antrag, den »befremdenden Namen« in »Deutsche Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften« umzubenennen. Der Senat lehnte dieses Ansinnen auf seiner Sitzung im Februar 1931 ab. Entscheidend war, dass sich Planck, der kurz zuvor zum Präsidenten der Gesellschaft gewählt worden war, »mit allen Kräften gegen die Annahme des von sozialdemokratischer Seite gestellten Antrages auf eine Änderung des Namens der Gesellschaft zu Wehr« gesetzt hatte. Seinem Widerstand war es wesentlich zu verdanken, wenn die Wissenschaftsorganisation mit der Bezeichnung »Kaiser-Wilhelm« das »kostbare Symbol ihrer Würde« während der Weimarer Demokratie, in Plancks Worten: »durch die schweren Jahre der Anfechtung hindurch mit Erfolg festzuhalten vermocht[e]«. Die unmissverständliche Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages auf Streichung des »Kaiser-Wilhelm« aus dem Namen der Gesellschaft hätte, so konnte 1934 Planck selbstzufrieden resümieren, auch der Öffentlichkeit gegenüber demonstriert, wie sehr die Führungsgremien der KWG »das schmachvolle Friedensdiktat« sowie den »noch schmachvolleren Verfassungsumsturz« verabscheuten.

Bestärkt wurde Max Planck in seinem Antirepublikanismus durch Erwin Planck, seinen jüngsten und einzigen Sohn, der den Ersten Weltkrieg überlebt hatte. Der am 12. März 1893 in Charlottenburg geborene Erwin stand ihm besonders nahe und wurde ab 1918 zu seinem wichtigsten Vertrauten. Erwin Planck, der 1910 Berufsoffizier geworden und im September 1914 in französische Gefangenschaft geraten war, gelang nach dem Krieg eine bemerkenswerte politische Karriere. Anfang 1919 wurde er als Oberleutnant in den Stab des Chefs des Generalstabs berufen und zu einem engen Mitarbeiter des damaligen Majors Kurt von Schleicher. Er folgte Schleicher ins Kriegsministerium und fungierte dort ab Anfang 1924 als Verbindungsmann zwischen Reichswehr und Reichskanzlei. Ende Juli 1926 schied Erwin Planck aus der Reichswehr aus und trat (zunächst als Regierungsrat) in die Reichskanzlei ein. Er sympathisierte mit dem Ideenkonglomerat der »Konservativen Revolution«, stand Franz von Papen politisch nahe und stieg nach dem Sturz Brüning im Juni 1932 zum Staatssekretär in der Reichskanzlei auf. Als enger Mitarbeiter des zweiten und dritten Präsidialkanzlers war Erwin Planck u. a. am »Papen-Putsch« maßgeblich beteiligt, also der illegitimen Absetzung der letzten demokratischen Regierung Preußens unter Otto Braun.¹²

Nicht nur in der Endphase der Weimarer Republik, auch in der Folgezeit erhielten sich Vater und Sohn ein überaus enges Verhältnis. Der weitere Lebensweg Erwin Plancks ist für die Wandlungen der politischen Mentalität Max Plancks in folgedessen von eminenter Bedeutung: Im Unterschied zu vielen Hochkonservativen biederte sich Erwin Planck dem NS-Regime nicht an. Noch am 30. Januar 1933, nach dem Rücktritt Schleichers als Reichskanzler, beantragte auch er seine Entlassung; am 14. Juli 1933 wurde er in den Ruhestand versetzt; danach privatisierte Planck. Ab 1937 war er Direktor im Otto-Wolff-Konzern. Drei Jahre später fand er über den früheren preussischen Finanzminister Johannes Popitz¹³ zum engeren Kreis des »Konservativen Widerstandes« um Carl Friedrich Goerdeler; ein Tag nach dem Stauffenberg-Attentat auf Hitler verhaftet und im Oktober 1944 zum Tode verurteilt, wurde Erwin Planck am 23. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.¹⁴

II.

Anfang 1933 war das weitere Schicksal Erwin Plancks noch nicht abzusehen. Die kriegsgeschüttelte Weimarer Republik nahmen Vater und Sohn ganz offensichtlich als Zwischenepoche wahr. Obwohl Max Planck eher auf eine Restauration der Hohenzollernmonarchie hoffte, begrüßte er die »Machtergreifung« anfangs als »langersehnten großartigen nationalen Umschwung«. Angetan war er vor allem von der vom neuen Reichskanzler Hitler versprochenen und schon bald in die Wege geleiteten »Wiederwehrhaftmachung«. Über Vorwürfe aus dem offensichtlich desinformierten preußischen Kultusministerium unter Bernhard Rust, die KWG habe »unter dem Einfluß pazifistischer Tendenzen« ihre »wehrpolitischen Aufgaben« aufgegeben, war Planck deshalb hellauf empört.¹⁵ Er wies die Vorwürfe nicht nur »auf das nachdrücklichste zurück«. Darüber hinaus erinnerte Planck daran, dass die KWG im Interesse einer geheimen Aufrüstung die nach dem Krieg geschlossenen internationalen Verträge bewusst gebrochen und »auch während der Zeit, in der der Wissenschaft Beschränkungen durch den Versailler Vertrag auferlegt waren, [...] mit dem Reichswehrministerium bezüglich der Bearbeitung wehrpolitischer Fragen an verschiedenen Instituten, allerdings in diskretester Weise, dauernd Fühlung« gehalten habe.¹⁷ Tatsächlich hatten sich fast alle einschlägigen Institute der KWG seit 1926 mit kriegsrelevanten Projekten an der – nach dem Versailler Vertrag strikt verbotenen – schwarzen Rüstungsforschung beteiligt; von Plancks Vorgänger, dem ersten KWG-Präsidenten Adolf von Harnack, war dies ausdrücklich sanktioniert worden.

Diese Linie wurde auch auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, die der KWG einen erheblichen Rückgang ihrer Einnahmen beschert hatte, nicht verlassen: Am 5. Oktober 1932 teilte Planck dem Reichsinnenminister mit, dass »selbstverständlich auch alle übrigen Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bereit [seien], wie früher so auch in Zukunft an Forschungsaufgaben im Interesse der Landesverteidigung teilzunehmen.«¹⁸ Weniger die Äußerung selbst als vielmehr der Zeitpunkt, zu dem Planck sie zu Papier brachte, ist bemerkenswert: Das Präsidialkabinett von Papen stand – wie der gut informierte Planck von seinem Sohn wusste – vor dem Scheitern; der Aufstieg der NSDAP zur Regierungspartei war keineswegs ausgemachte Sache; einige Wochen später, nach dem Novemberwahlen, stand die NS-Partei vielmehr vor einem Scherbenhaufen. An Aufrüstung war zum Zeitpunkt der zitierten Äußerung eigentlich überhaupt nicht zu denken. Einen wie auch immer gearteten Druck, sich zu diesem Zeitpunkt so dezidiert »wehrpolitisch« zu äußern, gab es nicht.

Und auch hinter der folgenden Erklärung Plancks vom 15. Oktober 1933 gegenüber dem Reichswehrminister Werner von Blomberg stand nicht politischer Opportunismus, sondern tiefe Überzeugung: »Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften hat den Wunsch, in vaterländischem Interesse die seit Jahren bestehenden Beziehungen zu Heer, Marine und Sanitätswesen auszubauen und intensiver zu gestalten«. Planck ließ es nicht bei Worten bewenden, sondern schlug dem Reichswehrminister die Bildung eines von dessen Ministerium und der KWG paritätisch besetzten Ausschusses vor, der rüstungsrelevante Forschungsprojekte festlegen und mit den Bedürfnissen der in der Folgezeit rasch expandierenden Reichswehr

abstimmen sollte.¹⁰ Immer wieder betonte Planck mit Nachdruck, wie sehr ihm die Aufrüstung und eine herausragende Rolle der Wissenschaft dabei am Herzen lag. So erklärte er Anfang 1936 in einem Telegramm an den »Führer« anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der KWG die Bedeutung der Aufrüstung: »Wissenschaft und Wirtschaft stehen treu zu dem von Ihnen aufgerichteten Deutschen Reich und wissen, daß nur unter Führung und unter Schutz der deutschen Wehrmacht sie nützliche Arbeit leisten können.«¹¹ Nach innen legte der Präsident der KWG gleichfalls Wert auf die »Wiederwehrhaftmachung«. Nicht nur als Wissenschaftler, auch als Soldaten hätten die Mitarbeiter der KWG dem Vaterlande zu dienen.¹² Das mag nach 1933 normal gewesen sein, ebenso die Werbung für Zeitschriften wie »Kriegskunst in Wort und Bild«, »Deutsche Wehr« oder »Das Militär-Wochenblatt«, die der KWG-Präsident den Mitgliedern der KWI ausdrücklich zur Anschaffung empfahl.¹³ Untypisch war jedoch bereits, dass Offiziere auf »Kameradschaftsfeiern« vorgeblich ziviler »Betriebe« wie der Dahlemer KWG eine zentrale Rolle spielten¹⁴ und Planck von den Direktoren der KWI erwartete, dass sie zu ihren Veranstaltungen regelmäßig auch »Vertreter der Wehrmacht« einluden.¹⁵ Unüblich war ebenso, dass zivile »Betriebsführer« persönlich-politisch ein enges Verhältnis zu Organisationen entwickelten, die sich die Popularisierung des »wehrpolitischen Gedankens« auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Planck tat genau dies. Es wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die von einem vaterländischen Militarismus geprägte Mentalität Plancks, dass er schon kurze Zeit nach der »Machtergreifung« ein enges Verhältnis zur ab 1933 wichtigsten derartigen Vereinigung, der »Gesellschaft für Wehrforschung und Wehrwissenschaft« sowie ihrem Präsidenten Friedrich Ernst von Cochenhausen, aufbaute und diesen mit der KWG ein Forum für Vorträge und Propaganda bot.¹⁶

Wie sehr Planck – und mit ihm die Spitzengremien sowie die Generalverwaltung der KWG – politisch im rechtskonservativen Mainstream schwamm, zeigt sich außerdem z. B. an der »Ostpolitik«, die die KWG ab Mitte 1932 betrieb. Sie war von antipolnischen Ressentiments getragen und zielte langfristig auf eine Revision der im Versailler Vertrag und den nachfolgenden Abstimmungen festgelegten Ostgrenzen. Darüber hinaus betrieb die KWG eine Art stille oder Ersatz-Diplomatie in den baltischen Staaten, in denen das »Dritte Reich« aufgrund des gespannten Verhältnisses zu Polen wie zur Sowjetunion diplomatisch vorsichtig agieren musste. Gekrönt wurde diese »stille Diplomatie« durch eine Reise des 79-jährigen Planck von Ende April bis Mitte Mai 1937, also in den letzten Wochen seiner Präsidentschaft, nach Estland und Lettland, um dort Vorträge naturwissenschaftlichen und weltanschaulichen Inhalts zu halten. Welch hohen diplomatischen Stellenwert diese Reise besaß, zeigte sich darin, dass Planck von zahlreichen hochkarätigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beider Staaten, u. a. dem estländischen Staatspräsidenten, sehr wohlwollend empfangen wurde – und die Reise selbst sowohl in den baltischen Ländern als auch im Deutschen Reich eine breite publizistische Aufmerksamkeit fand.¹⁷

III.

Planck war ein Herzensmonarchist und Nationalist; er war kein Demokrat, sein Hass auf die Weimarer Republik saß tief. Allerdings hegte er auch niemals Sympathien für den Nationalsozialismus.¹⁸ Seine Distanz zu faschistischen Bewegungen war überdeutlich und speiste sich nicht allein aus einem großbürgerlichen Distinktionsbewusstsein gegenüber dem braunen Pöbel. Wie scharf er den Nationalsozialismus und seine Vorläufer ablehnte, zeigte Planck schon frühzeitig, als Albert Einstein in die Niederlande flüchtete, nachdem dieser – wie schon Anfang der zwanziger Jahre – im Spätherbst 1923 erneut zum Objekt des frühfaschistischen Antisemitismus geworden war. Am 7. November 1923, also zwei Tage vor dem Hitler-Putsch in München, artikuliert Planck »Zorn und Wut über diese infamen Dunkelmänner« und bat Einstein, nach Berlin zurückzukehren; Einstein solle »diejenigen, die Sie hier lieben und verehren, [...] nicht allzu sehr büßen [lassen] für die bodenlose Gemeinheit einer bissigen Meute, deren wir unter allen Umständen Herr werden müssen.«¹⁹

Wie sehr er die Ideologie des Nationalsozialismus ablehnte, machte Planck erneut deutlich, als er in seiner Funktion als KWG-Präsident gezwungen wurde, auf den Antisemitismus des Hitler-Regimes zu reagieren. Die Art und Weise wie er reagierte zeigt freilich auch, dass der Weg zwischen der für ihn typischen Staatsfrömmigkeit und seiner Euphorie über den »nationalen Aufbruch«, den das NS-Regime versprach, einerseits sowie der den großen Physiker ebenso charakterisierenden »Gesinnungsreinheit und innerlichen Gradlinigkeit« (Lise Meitner)²⁰ andererseits nicht einfach durchzuhalten war und für Planck der Durchfahrt zwischen Skylla und Charybdis glich.

Wenige Wochen nach dem Erlass des »Gesetzes zur Wiederherstellung des deutschen Berufsbeamtentums« am 16. Mai 1933 suchte der KWG-Präsident Hitler auf. Dass der KWG-Präsident dem neuen Reichskanzler seine Aufwartung machte, war nicht außergewöhnlich; zu den Vorgängern Hitlers, den Präsidentskanzlern Brüning, von Papen und von Schleicher hatte die KWG ebenfalls enge »wissenschafts-diplomatische« Beziehungen aufgebaut.²¹ Der Verlauf der Audienz des KWG-Präsidenten beim neuen Reichskanzler und der Wortlaut des Dialoges zwischen beiden sind nicht authentisch überliefert. Nach eigener Darstellung versuchte Planck bei Hitler »ein Wort zu Gunsten meines jüdischen Kollegen Fritz Haber einzulegen.«²² Planck setzte sich, so notierte er später, für Haber mit den Worten ein, »daß es doch verschiedenartige Juden gäbe, für die Menschheit wertvolle und wertlose, unter ersteren alte Familien mit bester deutscher Kultur, und daß man doch Unterschiede machen müsse.«²³ Auf Hitlers Erwiderung, »Jud ist Jud«, erwiderte Planck nach eigenem Bekunden geradezu beschwörend, dass es »eine Selbstverstümmelung wäre, wenn man wertvolle Juden nötigen würde auszuwandern, weil wir ihre wissenschaftliche Arbeit nötig brauchen und diese sonst in erster Linie dem Ausland zugute komme.«

Diese dramatisch klingenden Zitate sind einem Bericht entnommen, der 1947, vierzehn Jahre nach dem Ereignis, verfasst wurde.²⁴ Als Autor des Berichtes firmierte Planck, obwohl der Schwerkranke ihn nicht mehr allein verfassen konnte. Niedergeschrieben wurde er von seiner Frau Marga.²⁵ Die Sätze des knapp einseitigen Berichtes wurden abgewogen und teilweise mehrfach verändert. Authentizität kann die-

ser Bericht wegen der langen Zeit, die zwischen Ereignis und Niederschrift lag, aber auch wegen des hohen Alters Plancks nicht beanspruchen. Hinzu tritt das offensichtliche vergangenheitspolitische Bemühen, dem Präsidenten der KWG und damit der Wissenschaftsgesellschaft eine von Anbeginn widerständige Rolle gegenüber dem NS-Regime zu attestieren. Darüber hinaus handelt es sich bei dem Bericht de facto um ein unter erpresserischen Umständen zustande gekommenes unfreiwilliges Auftragswerk. Ernst Brüche, der Herausgeber der »Physikalischen Blätter«, in denen der Bericht erschien, hatte Planck Anfang April 1947 aufgefordert, einen Bericht über seinen Besuch bei Hitler – über den seit Mitte der dreißiger Jahre zahlreiche Legenden in Umlauf waren – zu verfassen. Planck zögerte zunächst. Nachdem Brüche drohte, eine andere Version in Umlauf zu bringen, die die Begebenheit vom Mai 1933 offensichtlich gänzlich verzerrt hätte, sahen sich Planck und seine Frau gezwungen, ihre dramatisch zugespitzte Version zu formulieren.

Tatsächlich scheint der Besuch, bei dem es nicht allein und in erster Linie um Haber und den vom »Berufsbeamten-gesetz« ausgehenden antisemitischen Entlassungsdruck, sondern mindestens ebenso sehr um die institutionelle Unabhängigkeit der KWG ging, nicht so dramatisch und vom Ergebnis her überdies wesentlich erfreulicher verlaufen zu sein, als Planck fast vierzehn Jahre später suggerieren wollte. Planck stand noch unter dem unmittelbaren Eindruck seines Antrittsbesuches bei Hitler eine Woche vorher, als er am 23. Mai 1933 in seiner Rede auf der 22. Hauptversammlung der KWG erfreut feststellte: »Der Herr Reichskanzler [hat] mir erst vor wenigen Tagen in einer eingehenden persönlichen Unterredung sein Wohlwollen für unsere Sache bekundet«. Ausdrücklich habe Hitler versichert, »die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht im Stich lassen« zu wollen.³⁵ Dass er sich am 16. Mai für Haber eingesetzt hatte, erwähnte Planck am 23. Mai 1933 vor der Mitgliederversammlung zwar nicht. Dennoch scheint der KWG-Präsident selbst in dieser Hinsicht geglaubt zu haben, den neuen Reichskanzler positiv beeinflusst zu haben. In einem Brief vom 2. Juni 1933 schrieb Werner Heisenberg an Max Hartmann, dass Planck »das Haupt der neuen Regierung gesprochen« und von Hitler »die Zusicherung erhalten [habe], daß über das neue Beamten-gesetz hinausgehend nichts von der Regierung unternommen werde, das unsere Wissenschaft erschweren könnte.«³⁶ Dies war freilich ein Irrtum, wie sich schon bald herausstellen sollte.

Obwohl die Authentizität des Berichtes von 1947 mindestens zweifelhaft ist, werfen die Worte, die Planck nach eigenem Bekunden Hitler gegenüber fand, ein Schlaglicht auch auf sein Denken: Er unterschied in »wertvolle und wertlose Juden« und wollte die »wertvollen Juden« aus »alten Familien mit bester deutscher Kultur«, deren wissenschaftliche Arbeit »wir nötig brauchen«, in Deutschland halten. Dies bedeutet: Seine Solidarität galt den von Entlassung und Vertreibung bedrohten herausragenden Wissenschaftlern und nicht der Gesamtheit der von den Nationalsozialisten als »minderwertige Rasse« stigmatisierten Juden.

Ähnliche Motive standen auch hinter der bekannten Gedenkfeier, die die KWG auf Initiative von Planck zu Ehren des ehemaligen Direktors des KWI für physikalische und Elektrochemie Fritz Haber, anlässlich des ersten Jahrestages des Todes von Haber, am 29. Januar 1935 veranstaltete. Auch diese Feierlichkeit, die von den braunen Macht-

habern nicht gern gesehen, jedoch keineswegs förmlich verboten wurde, war keine Protestveranstaltung gegen den nationalsozialistischen Antisemitismus als solchen. Haber wurde vielmehr vor allem als deutscher Wissenschaftler gewürdigt, der sich unschätzbare Verdienste um »die Nation« erworben habe. Planck leitete die Gedächtnisfeier mit den Worten ein, »daß Deutschland im Weltkriege in den ersten 3 Monaten wirtschaftlich und militärisch zusammengebrochen wäre, hätte Haber nicht seine großen Stickstoff-erfindungen gemacht.« Andere Redner argumentierten in der gleichen Weise.³⁷ Nicht der Jude Haber, sondern der herausragende Wissenschaftler Haber, der sich namentlich im Ersten Weltkrieg ums Vaterland höchst verdient gemacht habe, wurde geehrt. Wie weit Planck in seiner Anpassung an den regime-offiziellen Antisemitismus ging, zeigt sein Besuch bei Rust, drei Tage vor der Feier zum Gedenken an Haber, am 26. Januar 1935. Ausdrücklich zeigte er Verständnis für den Antisemitismus Rusts. Es sei »nun einmal eine Tatsache, daß wenn ein jüdischer Institutsdirektor maßgeblich sei, dieser innerhalb einer gewissen Zeit leicht weitere jüdische Mitarbeiter nach sich zieht, und das ist unerfreulich und unleidlich früher wie heute.«³⁸ Derartige Sentenzen ändern freilich nichts daran, dass Planck in seinem konkreten Handeln meritokratischen Kriterien verpflichtet war und wohl auch aufgrund seiner persönlichen Freundschaften mit jüdischen Kollegen gegenüber dem in letzter Konsequenz eliminatorischen NS-Antisemitismus immun blieb. Hinter den Kulissen setzte er sich für jüdische Direktoren und Mitarbeiter einzelner KWI ein, deren wissenschaftliche Leistungen unbestritten waren.³⁹

IV.

Ob die zitierten Stellungnahmen Plancks zum regime-offiziellen »harten« Antisemitismus taktisch motiviert waren oder zumindest teilweise auch innerer Überzeugung entsprangen, lässt sich im Nachhinein nicht beurteilen. Gewiss ist allerdings, dass die schmachliche Behandlung Habers und anderer durch das NS-Regime die Distanz Plancks zum Hitler-Regime wachsen ließ. Zugleich gewann sein Abrücken von der neuen Obrigkeit ein zunehmend ins Grundsätzliche gehende politisch-weltanschauliche Dimension. Von nicht unerheblicher Bedeutung für diese Entwicklung war der Tod Hindenburgs. Bis dahin schien Planck darauf spekuliert zu haben, dass die Nationalsozialisten den »italienischen Weg« beschreiten würden, nämlich einen »Führer« unter dem Schirm eines letztlich entscheidenden Monarchen zu installieren. Planck hoffte ausdrücklich auf »Mussolinis Vorbild«, zumal dieser »gern sein Interesse für die Wissenschaft nach außen trägt.«⁴⁰ Diese Hoffnung schwand, als das Ableben des »Ersatzmonarchen« alle Hoffnungen auf eine Restauration der Hohenzollernmonarchie zunichte machte und die auf Planck zweifellos befremdlich wirkende Hypostasierung des »einfachen Gefreiten« Hitler zum gottgesandten Führer folgte – und mit jener die Vereidigung der von Planck so hochgeschätzten Armee auf diesen »Führer«.

Hatte Planck in den ersten Monaten nach der »Machtergreifung« optimistisch angenommen, dass schon bald »alle unangenehmen Begleiterscheinungen dieser Zeit verschwunden sein« würden,⁴¹ wurde er nun eines Besseren belehrt. Bereits bevor seine offizielle Amtszeit als Präsident der Gesellschaft am 1. April 1936 – kurz vor seinem

78. Geburtstag – abgelaufen war, hatte Planck politische Ermüdungserscheinungen gezeigt. (Das gute Jahr bis zur Berufung Carl Boschs am 15. Juli 1937 zum neuen KWG-Präsidenten fungierte er nur geschäftsführend als höchster Repräsentant der Wissenschaftsgesellschaft.) Einladungen zu öffentlichen Veranstaltungen auch mit hochrangigen Vertretern des Regimes sagte der berühmte Physiker ziemlich regelmäßig ab.⁴² Aus einer strikt konservativen, alt-elitären Position heraus begann der eigentlich staatsfronme preußische Lutheraner und überzeugte Monarchist Planck ab Mitte der dreißiger Jahre zu einer Position der – wie ich es nennen möchte – »stillen Resistenz« zu finden.

Stille Resistenz strahlte bereits ein Vortrag aus, den Planck noch als amtierender KWG-Präsident am 6. März 1935 im Harnack-Haus hielt. Schon der Titel: »Die Physik im Kampf um die Weltanschauung« macht deutlich, dass Planck nicht der naiven Ansicht huldigte, die Wissenschaften oder die »Grundlagenforschung« stünde jenseits der Politik. Seine Bemerkung, dass zudem selbst bei einer der Politik und dem Alltagsgeschehen scheinbar so abgewandten Wissenschaft wie der theoretischen Physik »die Weltanschauung des Forschers stets auf die Richtung seiner wissenschaftlichen Arbeit mitbestimmend einwirkt« und »niemals von einem zwangsläufigen, aus der Natur der Sache selbst entspringenden und von jeder willkürlichen Voraussetzung freien Aufbau einer Wissenschaft« gesprochen werden könne, war ein Plädoyer gegen die ideologisierende »Deutsche Physik« und für einen offenen wissenschaftlichen Pluralismus. Ein zweiter erneut gegen das Diktum einer »deutschen Wissenschaft« gerichteter Aspekt war das Postulat einer unbedingten Internationalität der Wissenschaften. Diesem Postulat schloss Planck Bemerkungen an, die als Plädoyer für den Völkerbund, den das NS-Regime knapp zwei Jahre zuvor verlassen hatte, gewertet werden können:

»Eine Wissenschaft, die nicht fähig oder willens ist, über das eigene Volk hinauszuwirken, verdient nicht ihren Namen. [...] Und wie die Wissenschaft, so hebt sich auch die Ethik über das eigene Volk hinaus.«⁴³

Dem folgte schließlich ein dritter Aspekt. Offensichtlich vor dem Hintergrund der Vertreibung Habers sowie überhaupt der antisemitischen Entlassungen seit dem Frühjahr 1933, beklagte Planck in kaum misszuverstehender Form rechtliche und staatliche Willkür:

»Wie die Naturgesetze ehern und folgerichtig wirken [...], so verlangt auch das Zusammenleben der Menschen gleiches Recht für alle, für Hoch und Niedrig, Vornehm und Gering. Wehe einem Gemeinwesen [...], wenn der Wehrlose sich nicht mehr von oben geschützt weiß vor dem Zugriff des mächtigeren Nachbarn, wenn offenbare Rechtsbeugungen mit fadenscheinigen Nützlichkeitsgründen benämelt werden.«⁴⁴

Das war unmissverständlich. Vor allem diese Worte markieren m. E. überdies den Beginn einer allmählichen Entwicklung Plancks vom monarchisch-distinktionsbewussten Konservativen hin zu einem – von seinen politischen Grundsätzen her – Demokraten (»gleiches Recht für alle, für Hoch und Niedrig, Vornehm und Gering«). Kaum weniger unmissverständlich äußerte sich der KWG-Präsident im folgenden Jahr in einem anderen Vortrag. In Ausführungen über das »Wesen der Willensfreiheit« konfrontierte er seine Zuhörer mit einer nur scheinbar kontrafaktischen Geschichte:

»Denken wir uns [...], ein unschuldig Verfolgter sei von einem ihm nahestehenden mutigen Freunde heimlich an einen verborgenen Platz gebracht worden, wo er sich einweilen sicher fühlen kann, und dieser Freund werde von den Verfolgern aufgesucht und nach dem Aufenthaltsort seines Schützlings befragt. Wie wird er sich verhalten? Wenn er eine ethisch hochstehende Persönlichkeit ist, wird seine Wahrheitsliebe mit seiner Freundestreue in Konflikt geraten. Da die Erteilung einer sachgemäßen Antwort auf die gestellte Frage den Freund sicherlich ins Verderben bringen würde, so könnte er, um bei der Wahrheit zu bleiben, vielleicht auf den Gedanken kommen, eine Antwort zu verweigern und im übrigen alles zu versuchen, um die Unschuld des Verfolgten ans Licht zu bringen. Aber der Erfolg wäre dann vielleicht nur der, daß man Zwangsmaßnahmen gegen ihn selber anwenden würde, um ihn zu einer Aussage zu bewegen. Viel einfacher und für die Rettung seines Schützlings aussichtsvoller wäre es, wenn er durch eine Lüge die Verfolger irreführte und statt des richtigen Verstecks eine weit davon entfernte Örtlichkeit nennen würde. Dann wäre wenigstens zunächst einmal Zeit gewonnen.«⁴⁵

Bereits das Thema, das Planck hier anspricht – »Verfolgung«, »Verstecken«, »Zwangsmaßnahmen« und »Folter« –, ist fast schon subversiv. Dass das von ihm gewählte Beispiel im Hypothetischen bleibt, ändert daran nichts. Hier interessiert nicht das von Planck in seinem Vortrag thematisierte Grundproblem, das Verhältnis von Determination und Willensfreiheit. Aufschlussreich ist vor allem das Zitat, das Beispiel, das Planck zur Illustration des ihn bewegenden ethischen Problems wählte. Es macht nicht nur »innerlich«, sondern auch, da er seine Ansichten vor einem größeren Auditorium vortrug, »öffentlich« deutlich, dass und in welchem Ausmaß er bereits 1935 auf Distanz zum NS-Regime gegangen war.

In weiteren Vorträgen Plancks Ende der dreißiger Jahre finden sich gleichfalls Zitate, die als NS-kritisch gedeutet werden konnten.⁴⁶ Vom NS-Regime wurde dies offensichtlich toleriert; jedenfalls sind Reaktionen der für »weltanschauliche Überwachung« zuständigen Stellen nicht überliefert. Dies änderte sich Ende 1941, nach einem Vortrag, den Planck am 4. und 6. November diesen Jahres zunächst im Harnack-Haus sowie wenig später an der Berliner »Lessing-Hochschule« zum Thema »Sinn und Grenzen der exakten Wissenschaften« gehalten hatte. Was war an diesem Vortrag, dass nun die für Zensur und nationalsozialistische Rede-»Kultur« zuständigen Stellen allergisch reagierten?

In diesem Vortrag postulierte Planck eine Art Relativitätstheorie (auch) der politischen Weltanschauung, wenn er feststellte: »Das praktische Weltbild, das jeder von uns in sich trägt, besitzt [...] keinen endgültigen Charakter, sondern es wandelt und korrigiert sich mit jeder neuen Erfahrung«. Das war an sich nicht originell. Für den Nationalsozialismus an der Macht barg diese Feststellung indessen einen Sprengsatz. Die anschließende Bemerkung, »auch das wissenschaftliche Weltbild [sei] nichts endgültiges, sondern ist in steter Wandlung und Verbesserung begriffen«, minderte die Wirkung der ersten Feststellung nicht. Auch die von Planck konsequent postulierte Historisierung von Weltbild und Weltanschauung musste von den Nationalsozialisten, die auf die ewige Gültigkeit ihres rassistisch-sozialdarwinistischen Weltbildes pochten, als Affront aufgefasst werden: »Jedes Weltbild ist charakterisiert durch die realen

Elemente, aus denen es sich zusammensetzt.« Mit dem Wort »real« wiederum müsse man, so Planck, »vorsichtig sein«. Denn es wandle sich je nach »Stufe« der Menschheitsentwicklung. Die Folge sei eine »beständig fortgesetzte Ablösung eines Weltbildes durch das andere«. Planck sprach von einem »ständigen Wechsel des Weltbildes« bzw. fortschrittsoptimistisch vom »Vervollkommen« der ursprünglich »naiven Weltbilder«. Dies müsse ein unabgeschlossener Prozess bleiben, weil »das endgültige Reale metaphysischen Charakter trägt und sich daher einer vollständigen Erkenntnis durchaus entzieht«; tatsächlich würden die Menschen mithin »niemals instande« sein, das »Wesen« des absoluten oder »metaphysischen« Realen »vollständig zu begreifen«.

Noch mehr musste ein zweiter Gesichtspunkt, den Planck ansprach, den in »hochwertigen« und »minderwertigen« Rassismen denkenden Nationalsozialisten missfallen. Ein »Wunder« nämlich sei, so Planck, »daß wir überhaupt in der Natur Gesetzmäßigkeiten vorfinden, die für die Menschen aller Länder, Völker und Rassen genau die gleichen sind.«⁴⁷ Das waren Sätze, die ins Mark der nationalsozialistischen Ideologie zielten und die Behörde des »Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP« unter Alfred Rosenberg alarmieren mussten.

Sowohl der Abteilung »Wissenschaftsbeobachtung und -wertung« im Hauptamt »Wissenschaft« der Dienststelle Rosenberg als auch dem Kulturpolitischen Archiv der NSDAP gingen Zusammenfassungen des Planck'schen Vortrages von Ende 1941 zu. Zugute hielt man dem ehemaligen KWG-Präsidenten zwar, dass er das marxistisch inspirierte »materialistische Weltbild, das alle schöpferischen Mächte, alle Freiheit leugnete und alles auf strenge, mechanische Gesetzmäßigkeit zurückführte«, habe widerlegen wollen. Kritisiert wurde jedoch scharf, dass Planck ein »objektives Weltbild« zu formulieren versucht habe, das »den Anspruch [erhebt], für alle Zeiten und Völker zu gelten.« Dies und die Behauptung, dass »Freiheit selbst ein Stück Natur sein soll, wie es Planck schildert, ist bedenklich«. Denn »das Wesen der Freiheit kann kein Gegenstand der exakten Naturwissenschaften sein«. Mit der Feststellung »Freiheit fängt [vielmehr] mit dem Wollen an, mit der menschlichen Entschiedenheit, das und das durchsetzen zu wollen«, suchte der für die Abteilung »Wissenschaftsbeobachtung und -wertung« tätige Informant den für Hitler und die NS-Spitzenfunktionäre charakteristischen Voluntarismus »philosophisch« zu grundieren, den er durch Planck angegriffen glaubte.⁴⁸

In dieser Abteilung wurde die Kritik weiter zugespitzt: Planck ginge es »im Grunde um weit mehr als bloß um die wissenschaftstheoretische Frage der Sicherheit der Naturwissenschaften«. Er behaupte »den Anspruch der Wissenschaft – und zwar der Naturwissenschaft –, Weltanschauung zu begründen.« Nach Planck sei »das höhere, nach objektiven Inhalten und nach Gesetzmäßigkeiten, die für alle Völker und Rassen gleich seien, ordnende Bewußtsein, das allgemeine gegenüber dem an Wahrnehmungen haftende individuellen naiven Bewußtsein des unwissenschaftlichen Menschen.« Dessen Weltbild sei, folge man Planck, »privat, unverbindlich, persönlich-praktisch, das wissenschaftliche [Weltbild] verbindlich.« Auch sonst sei »die von Planck unrisse-ne Stellung des Menschen höchst fragwürdig«, da dieser laut Planck, »immer im Nicht-Endgültigen stehe«. All das hatte dieser zwar so nicht formuliert. Seine Ausführungen

ließen sich in Teilen jedoch tatsächlich als Kritik am Totalitäts- und Ewigkeitsanspruch der nationalsozialistischen Weltanschauung lesen. Das Verdikt des nationalsozialistischen Aufpassers: Der »Hang zu aufklärerischer Klarheit« sei ein Frevel; der vormalige KWG-Präsident maße sich an, zu »Weltbild, Weltanschauung und überhaupt Welt« Stellung zu beziehen. Das jedoch stünde ihm im »Dritten Reich« nicht zu.⁴⁹

Seine Interpretation des Vortrags, die dem Planck'schen Unbehagen am NS-Regime jedoch gerecht wurde, hatte der zuständige Referent der Abteilung »Wissenschaftsbeobachtung und -wertung« umgehend dem Völkischen Beobachter zugesandt. Er musste jedoch feststellen, dass die Redaktion des VB sein Memorandum »nicht veröffentlicht [habe], da sie ihr zu scharf und zu fachlich ist.«⁵⁰ Planck war, mit anderen Worten, also durch seine Prominenz geschützt. Auch unter dem Hakenkreuz zählte Planck, so mussten die für politisch-weltanschauliche Überwachung zuständigen Stellen des NS-Regimes zugestehen, »auf dem Gebiet der theoretischen Physik zu denjenigen großen Persönlichkeiten, gegen deren wissenschaftliche Arbeit auf ihrem Fachgebiet keine Einwände politischer Art zu erheben sind«. Sie versagten sich deshalb ein öffentliches Verdikt gegen Planck oder gar die Verhängung eines Auftrittsverbotes.⁵¹ Auch eine Anfrage des »Kulturpolitischen Archivs« beim Reichssicherheitshauptamt im Amt Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei zeitigte keine gravierenden Folgen.⁵² Lediglich »ein Einsatz Plancks zu Vortragsthemen auf [weltanschaulichem] Gebiet im Rahmen von Partei- oder KdF-Veranstaltungen ist grundsätzlich unmöglich«. Der »weltanschaulich nicht einwandfreie« Planck⁵³ dachte freilich ohnehin nicht daran, auf Großveranstaltungen von NS-Massenorganisationen als Redner aufzutreten. Ihm blieben die »Massen« ein Greuel – als pazifistische Arbeiter und Soldaten, die 1918/19 demokratische Freiheiten und soziale Selbstbestimmung gefordert hatten, ebenso wie die Hundert- oder Tausendschaften, die nach 1933 zu NSDAP- oder KdF-Großveranstaltungen gekarrt wurden. Den inkriminierten Vortrag, den er Anfang November 1941 das erste Mal gehalten hatte, wiederholte Planck im übrigen noch mehrfach (nachweislich am 14. April 1942 in den Räumlichkeiten des KWI für Kulturwissenschaft in Rom, am 15. September 1942 in Zagreb und am 24. Februar 1943 in Bern) vor einem bildungsbeffissenen Publikum, das sich aus Mitgliedern des Diplomatischen Korps und den jeweils einheimischen Eliten zusammensetzte.

Planck hat sich – so lässt sich resümieren – nicht wie so viele andere dem NS-Regime angepasst. Auf eine ihm eigene diskrete, aber dennoch unmissverständliche Weise machte er einer bildungsbürgerlich begrenzten Öffentlichkeit des »Dritten Reiches« gegenüber deutlich, dass er die ethischen und politischen Prämissen des Hitler-Regimes nicht teilte. Dass er als weltberühmter Physiker dabei nicht wie andere die ökonomische Existenz oder gar Leib und Leben riskierte, mindert nicht den Mut, mit dem er seine Nonkonformität auch öffentlich äußerte. Privat brachte Planck zudem zum Ausdruck, dass er sich an den Verbrechen der NS-Diktatur auch persönlich mitschuldig fühlte, indem er unumwunden feststellte: »Uns müssen schreckliche Dinge geschehen, wir haben schrecklich Dinge getan.«⁵⁴ Gewiss blieb er ein Konservativer, allerdings einer, der fest im (bildungsbürgerlich)-protestantischen Milieu verankert war, sich und seinen ethisch-moralischen Grundsätzen treu blieb und trotz eines ausgeprägten Nationalismus in zunehmendem Maße auf Distanz zum Hitler-Regime ging.

Das Schicksal, das die Diktatur seinem einzig verbliebenen Sohn und Vertrauten Erwin Planck in den letzten Kriegsmonaten bereitete, und die Bitternis über den Tod des Sohnes markieren nur den Endpunkt dieser Entwicklung.

V.

Die Courage, die Planck bis 1945 entwickelt hatte, zeigte er in den letzten knapp zweieinhalb Lebensjahren, die ihm nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes beschieden waren, nicht. Aus falsch verstandener Loyalität gegenüber der Wissenschaftsgesellschaft, der er von 18. Juli 1930 bis 15. Juli 1937 als Präsident vorgestanden hatte, übernahm er für eine Übergangszeit (Juli 1945 bis März 1946) erneut deren Vorsitz und schützte sie so vor einer drohenden Auflösung. Darüber hinaus stellte er bereitwillig hochgradig belasteten Personen »Persilscheine« aus, etwa dem 1937 eingesetzten Generaldirektor der KWG Ernst Telschow, dem Planck wider besseres Wissen attestierte, er habe »während seiner ganzen Amtszeit für die Unabhängigkeit der deutschen Forschung gekämpft« und sich »für die Freiheit der Wissenschaft eingesetzt«. ⁵⁵ Mit derartigen pauschal-exkulpatorischen Sätzen trug Planck maßgeblich dazu bei, dass der von verschiedenen Seiten heftig kritisierte Telschow bis 1960 Generalsekretär der in Max-Planck-Gesellschaft umgetauften KWG bleiben und von Anfang 1954 bis Mai 1962 überdies zu einem der wichtigsten bundesdeutschen Manager in Sachen Atomenergie aufsteigen konnte.

Planck dachte in seiner zweiten Amtszeit als KWG-Präsident auch nicht daran, eine gründliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der KWG, insbesondere ihrer Rolle als eines der Zentren des wissenschaftlich-militärisch-industriellen Komplexes der braunen Diktatur zu fordern. Zu einer öffentlichen Entschuldigung gegenüber den ab 1933 vertriebenen jüdischen und politisch nonkonformen Wissenschaftlern konnte sich der altersschwache Planck ebenso wenig durchringen wie seine Nachfolger Otto Hahn und Adolf Butenandt. Erst Hubert Markl – von 1996 bis 2002 Präsident der Max-Planck-Gesellschaft – war es vorbehalten, sich in einer bewegenden Feier bei den so genannten Mengele-Zwillingen als den bekanntesten Opfern, die die wissenschaftliche Praxis der Forschungseinrichtungen des KWG gefordert hatte, zu entschuldigen. ⁵⁶ Markl war es auch, der 1997 eine sogenannte Präsidenten-Kommission einsetzte, deren Aufgabe darin bestand, in sachlich-kritischer Weise rückhaltlos das Verhältnis von KWG und Nationalsozialismus aufzuhellen.

Man sollte meinen, dass diese Politik der aufrichtigen Vergangenheitsbewältigung, die auch in Kauf nahm, dass manchen Heroen der deutschen Spitzenwissenschaft der Heiligenschein genommen würde, ungeteilt Anerkennung finden würde. Weit gefehlt. Vor allem die sachlich-kritische Auseinandersetzung mit der Rolle Adolf Butenandts, der ab 1936 das KWI bzw. ab 1948 das MPI für Biochemie leitete und von 1960 bis 1972 MPG-Präsident gewesen war, verärgerte. ⁵⁷ Besonders vergrätzt reagierte ein Immunchemiker namens Norbert Hilschmann, Schüler Butenandts und seit 1981 führender Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für experimentelle Medizin, auf die Historisierung Butenandts und überhaupt die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der KWG durch unabhängige Historiker. Sein apodiktisch-pauschales Urteil über die 2005

beendete Arbeit der MPG-Präsidentenkommission und die von dieser herausgegebenen insgesamt 18 umfangreichen Bände sowie zahllosen kleineren Publikationen zur facettenreichen Geschichte der KWG unter dem Nationalsozialismus lautete: »Herausgekommen ist nichts«; die Kommission sei von »Neid und Missgunst« getrieben gewesen und habe »unqualifizierten Angriffen« Vorschub geleistet. Hilschmann stieß sich offenbar an der differenzierten Sachlichkeit der Historiker: Statt dass »große Wissenschaftler« zu »Vorbildern« aufgebaut würden, sei durch die Kommission und das von ihr geleitete KWG-Forschungsprogramm ein großes »Durcheinander eingebrockt« und nur »Flurschaden« angerichtet worden. Vor »unqualifizierten Angriffen«, spricht: kritischen Untersuchungen, die sich durch glorreiche Namen nicht blenden lassen, müsste die »Spitze der Max-Planck-Gesellschaft fortan ihre Mitglieder« und mit jenen die Öffentlichkeit »schützen«. ⁵⁸ Statt Selbstaufklärung also Heiligenverehrung, die die dunklen Seiten der Geschichte sowohl einzelner Forscher als auch der gesamten deutschen Wissenschaft entweder mit Schweigen übergeht oder mit Gewalt schönfärbt – so die unverhohlene Forderung. Bemerkenswert ist die Dreistigkeit, mit der eine kritische Wissenschaftshistoriographie von einem so geschichtsfremden wie einflussreichen MPG-Wissenschaftler heruntergeputzt wird; offensichtlich glauben Leute wie Hilschmann eine »schweigende Mehrheit« hinter sich. Anscheinend braucht es auch für die Arbeit der historischen Aufklärung inzwischen schon wieder Mut.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Manfred Gailus: Protestantismus und Nationalsozialismus. Studien zur nationalsozialistischen Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin, Köln/Weimar/Wien 2001, S. 359 f. Bedingt wurde die starke konfessionelle Bindung Plancks auch durch familiäre Traditionen: Der Großvater und ebenso der Urgroßvater väterlicherseits waren Theologen, die Mutter kam gleichfalls aus einer Pastorenfamilie. Vgl. Fritz Stern: Max Planck: Größe des Menschen und Gewalt der Geschichte. In: Max Planck. Vorträge und Ausstellung zum 50. Todestag, S. 34–51, hier: S. 34.
- 2 Immer noch unübertroffen: Otto Hintze: Die Epochen des evangelischen Kirchenregiments in Preußen. In: HZ Bd. 97 (1906), S. 69–118, Zitate: S. 79, 90, 100. Zwar traten die Hohenzollern im 17. Jahrhundert zum Calvinismus über, die große Mehrheit ihrer Untertanen blieb jedoch lutheranisch, d. h. der Lehre Luthers und seiner Nachfolger verpflichtet, die etwa den Anspruch auf Volkssouveränität und demokratische Partizipation als menschliche Annäherung zurückwies. Diese Kombination aus calvinistischer Prägung der Obrigkeit – auf die die politische Agilität der Hohenzollern zu einem Gutteil zurückzuführen ist, die Preußen zur Großmacht führte – und lutheranischer Konfessionszugehörigkeit des Gros' der Untertanen erklärt wesentlich die in preußischen Landen besonders ausgeprägte Staatshörigkeit und Untertanenmentalität. Verstärkt wurde die im Lutheranertum angelegte Staatsfrömmigkeit in Preußen vor allem im 18. Jahrhundert – unter Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. – durch die Implementierung spezifischer Mechanismen. Vgl. ebd., S. 96–98. Die erwähnte Bildung der Altpreußischen Union 1817 erneuerte das Sumepiskopat der Hohenzollern und stärkte die – von der gescheiterten Revolution von 1848 nicht nachhaltig gebrochene – Tendenz zur Staatsfrömmigkeit eher weiter, als dass sie sie abschwächte.
- 3 Armin Herrmann: Max Planck, Reinbek 2007, S. 43 f.
- 4 Max Planck: Dynamische und statistische Gesetzmäßigkeit (Rede, gehalten bei der Feier zum Gedächtnis des Stifters der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin, am 3. August 1914). In: Ders.,

- Vorträge und Erinnerungen, Darmstadt 1979, S.81–94, hier: S.81 f. – Vgl. auch Steffen Bruendel: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die »Ideen von 1914« und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003, S. 33 f. – Dieter Hoffmann: Das Verhältnis der Akademie zwischen Republik und Diktatur. Max Planck als Sekretär. In: Wolfram Fischer/Rainer Hohlfeld/Peter Nötzold (Hg./Bearb.): Die Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945, Berlin 2000, S. 53–85, hier: S. 56 f.
- 5 Zit nach: Hoffmann: Planck als Sekretar (wie Anm. 4), S. 56.
- 6 Vgl. ausführlich: Jürgen von Ungern-Sternberg: Der Aufruf »An die Kulturwelt«. Das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg, mit einer Dokumentation, Stuttgart 1996. – Zu den Wirkungen dieses Aufrufs sowie zur Rechtfertigung Plancks, warum er diesen Aufruf unterschrieb. Vgl. außerdem Günter Wendel: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911–1914. – Zur Anatomie einer imperialistischen Forschungsgesellschaft, Berlin 1975, S. 220 f. und 358. – Bernhard von Brocke: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik. Ausbau zu einer gesamtdeutschen Forschungsorganisation (1918–1933). In: Rudolf Vierhaus und Bernhard von Brocke (Hg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 197–271, hier: S. 201 f. – Bruendel: Volksgemeinschaft (wie Anm. 4), S. 43–45. – Hermann: Planck (wie Anm. 3), S. 52–54. – Wolfgang J. Mommsen: Wissenschaft, Krieg und Berliner Akademie der Wissenschaften. Die preußische Akademie der Wissenschaften in den beiden Weltkriegen. In: Fischer/Hohlfeld/Nötzold (Hg.): Berliner Akademie (wie Anm. 4), S. 3–23, hier: S. 4 f. – Kurt Flasch: Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der erste Weltkrieg, Berlin 2000, S. 64.
- 7 Karl Planck starb an den Verletzungen, die er vor Verdun erlitten hatte. Tragisch war, dass 1917 und 1919 zudem die beiden Zwillingstöchter Plancks im Wochenbett verstarben, sodass Max Planck von seinen Kindern nur der Sohn Erwin verblieb.
- 8 Vgl. Bruendel: Volksgemeinschaft (wie Anm. 4), S. 77 f. und 90. – Herbert Döring: Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewusstsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1975, S. 47. – Mommsen: Wissenschaft, Krieg und Akademie (wie Anm. 6), S. 6. – Flasch: Geistige Mobilmachung (wie Anm. 6), S. 279. – Kurt Töpner, Gelehrte Politiker und politisierende Gelehrte. Die Revolution von 1918 im Urteil deutscher Hochschullehrer, Göttingen/Zürich/Frankfurt a. M. 1970, S. 128.
- 9 Diese Worte Plancks auf der Sitzung der Preussischen Akademie der Wissenschaften vom 14. Nov. 1918 (Sitzungsbericht) sind des Öfteren zitiert worden. Vgl. z.B. Hermann: Planck (wie Anm. 3), S. 58. – Brocke: KWG in der Weimarer Republik (wie Anm. 6), S. 203. – Hoffmann: Planck als Sekretär (wie Anm. 4), S. 59 f. Bei Hoffmann zahlreiche weitere Zitate, die Plancks ablehnendes Verhältnis zur jungen Republik eindrücklich unterstreichen.
- 10 Hoffmann: Planck als Sekretär (wie Anm. 4), S. 65. Planck gehört der DVP bis zu ihrer Auflösung an.
- 11 Max Planck: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. In: »Der Kaiser, wie er war wie er ist«, Berlin 1934, S. 169–172, dieses und das folgende Zitat: S. 172. Planck stand mit dieser Ansicht nicht allein. Ähnlich stolz, dass es während der Weimarer Republik gelang, der KWG den Namen »gegen die Bedenken der Linksparteien« zu erhalten, war beispielsweise Otto Hahn selbst noch nach 1945. Zu den Auseinandersetzungen um den Namen der KWG zwischen 1919 und 1932 vgl. Brocke: KWG in der Weimarer Republik (wie Anm. 6), S. 209 ff.
- 12 Vgl. Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik, Düsseldorf 1984, S. 429, 469 f., 507, 509, 511 und 514 f. – Heinrich August Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin und Bonn 1987, S. 646 und 658. – Ders.: Weimar 1918–1933. Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 490. – Zur Rolle Erwin Plancks bei der Neuformierung der bürgerlichen Rechten vgl. Reinhard Neebe: Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981, S. 135 und 151 f. – Henry Ashby Turner: Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 354–356.
- 13 Erwin Planck kannte Popitz (1884–1945) aus seiner Zeit als kommissarischer Leiter des preussischen Finanzministeriums, eine Funktion, in die Popitz nach dem »Preußenschlag« 1932 durch Franz von Papen eingesetzt worden war. Popitz wurde im April 1933 von Göring zum preussischen Finanzminister gemacht und verlor dieses Amt Mitte 1944 aufgrund seiner engen Kontakte zum Konservativen Widerstand. In der Nacht vom 20. auf den 21. Juli 1944 wurde Popitz verhaftet und zehn Tage nach Erwin Planck, am 2. Februar 1945, in Plötzensee hingerichtet.

- 14 Zur Rolle Erwin Plancks im Rahmen des Konservativen Widerstandes vgl. Hans Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands. In: ders.: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze, Reinbek 1991, S. 233–337, hier: S. 286 und 288.
- 15 Planck, KWG (wie Anm. 11), S. 172.
- 16 Preußischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (i.A. Vahlen) an Planck, vom 7. 12. 1933. In: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 188, Bl. 4–5, als Abschrift auch in: bzw. ebd.: Nr. 1890–1. Zum Hintergrund vgl. Rüdiger Hachtmann: Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Bd. 1, Göttingen 2007, S. 471–473.
- 17 So in wortgleichen Formulierungen: Planck an Frick, vom 13. 12. 1933. In: ebd., Nr. 1890–1; Planck an Rust, vom 15. 12. 1933. In: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 188, Bl. 6–8.
- 18 In: BAB, R 1501, Nr. 126783/2, Bl. 130. Vorausgegangen war diesem Brief ein Rundschreiben des Innenministers vom 13. 12. 1932, welche Institute sich an Forschungsprojekten zum »Luftschutz« (Gasmasken usw.) beteiligen würden.
- 19 Planck an Blomberg vom 15. 12. 1933. In: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A, 188, Bl. 17f.
- 20 Zit. nach: Ulrike Kohl: Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler zwischen Wissenschaft und Macht, Stuttgart 2002, S. 108.
- 21 Vgl. Rundschreiben an die Institute vom 11. Nov. 1935, zit. nach: Manfred Rasch: Geschichte des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung 1913–1943, Weinheim 1989, S. 254.
- 22 Vgl. Generalverwaltung (i.A. Cranach) an Rüdin, vom 23. Sept. 1935. In: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 188, Bl. 70 f., sowie Rasch: KWI für Kohlenforschung (wie Anm. 21), S. 255.
- 23 Vgl. Hachtmann: Wissenschaftsmanagement (wie Anm. 16), Bd. 1, S. 480 f.
- 24 Rundschreiben Plancks vom 22. Juli 1936. In: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 604/1, Bl. 320.
- 25 Hierzu sowie zu Plancks Beziehungen zu weiteren militär-propagandistischen Organisationen: Hachtmann: Wissenschaftsmanagement (wie Anm. 16), bes. Bd. 1, S. 480–485. Zur Bedeutung der »Gesellschaft für Wehrforschung und Wehrwissenschaft« als politisch-propagandistischem Verband des NS-Regimes vgl. Peter Kolmsee: Die Rolle und Funktion der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften bei der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges durch das faschistische Deutschland, Dissertation (Ms.) Leipzig 1966. – Ders.: Deutsche Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften (DGW), 1933–1945. In: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, S. 704–710. – Jutta Sywottek: Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg, Opladen 1976, S. 43–45.
- 26 Zu dieser stillen Ostpolitik der KWG bis 1938 vgl. Hachtmann: Wissenschaftsmanagement (wie Anm. 16), Bd. 1, S. 348–352.
- 27 Die Ablehnung des Nationalsozialismus durch Planck stand im schroffen Gegensatz u.a. zu seinem Nach-Nachfolger im Amt des Präsidenten der KWG, Albert Vögler, sowie zum Generaldirektor der KWG Friedrich Glum, der dieses Amt von 1922 bis 1937 ausübte, und dem Generalsekretär Ernst Telschow, der von 1937 bis 1960 zunächst der Generalverwaltung der KWG, dann der MPG vorstand. Ausführlich ebd., Bde. 1 und 2.
- 28 Zit. nach: Stern: Größe des Menschen (wie Anm. 1), S. 43 bzw. Jürgen Neffe: Einstein. Eine Biographie, Reinbek 2005, S. 306. Die Rolle, die Planck ein knappes Jahrzehnt später beim Ausschluss Einsteins aus der Preussischen Akademie der Wissenschaften spielen sollte, war dann freilich kein Ruhmesblatt. Vgl. z.B. ebd., S. 314–317. – Hermann: Planck (wie Anm. 3), S. 77–81 oder Hoffmann: Planck als Sekretär (wie Anm. 4), S. 69 f.
- 29 Lise Meitner: Max Planck als Mensch. In: Naturwissenschaften 45 (1958), S. 406–408, hier: S. 406 f., zit. nach: Ruth Lewin Sime: Lise Meitner. Ein Leben für die Physik, Frankfurt a.M. 2001, S. 57.
- 30 Vgl. Hachtmann: Wissenschaftsmanagement (wie Anm. 16), Bd. 1, S. 381 f.
- 31 Haber hatte am 30. April 1933 sein Abschiedsgesuch beim Reichserziehungsminister eingereicht. Planck hatte noch am 8. Mai 1933 vergeblich versucht, Haber zu überreden, sein Rücktrittsgesuch zurückzuziehen. Vgl. Haber an Planck, vom 9. Mai 1933. In: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 541, Bl. 18; außerdem Margit Szöllösi-Janze: Fritz Haber 1868–1934. Ein Biographie, München 1998, S. 662 f.
- 32 Ursprünglich hatten Max und Marga Planck in ihrem Bericht eine den Wortwechsel zwischen Planck und Hitler am 16. Mai 1933 vermutlich authentischer wiedergebende »Unterscheidung zwischen Ostjuden und Westjuden vorgenommen und erstere offensichtlich als wertlos bezeichnet«, so Albrecht mit Verweis auf einen Brief von Marga Planck an Brüche vom 7. Mai 1947. Helmuth

- Albrecht: »Max Planck: Mein Besuch bei Adolf Hitler« – Anmerkungen zum Wert einer historischen Quelle. In: ders. (Hg.): *Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte. 25 Jahre Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik am Historischen Institut der Universität Stuttgart*, Stuttgart 1993, S. 41–63, hier: S. 57 f.
- 33 Max Planck: Mein Besuch bei Adolf Hitler. In: *Physikalische Blätter* 3 (1947), Heft 5, S. 143.
- 34 De facto handelt es sich also in der Tat um »ein Gemeinschaftswerk des Ehepaares«, so Helmuth Albrecht, der die Genesis des Planck-Berichtes von 1947 unter Rückgriff auf unbekannte Dokumente einer sorgfältigen Analyse unterworfen hat. Hiefzu und zum Folgenden vgl. vor allem Albrecht: *Plancks Besuch* (wie Anm. 32), bes. S. 55–57. – außerdem Hermann: *KWG im Dritten Reich* (wie Anm. 3), S. 369.
- 35 Zit. nach: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 127/8.
- 36 Zit. nach: Albrecht: *Plancks Besuch* (wie Anm. 32), S. 46. Diese Hoffnung teilten auch andere Mitglieder der Führungsspitze der KWG, z. B. Albert Vögler.
- 37 Vgl. Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement* (wie Anm. 16), Bd. 1, S. 392.
- 38 Zit. nach: Szöllösi-Janze: *Haber* (wie Anm. 31), S. 697. Wie sehr Planck darüber hinaus rassistischen Ideologemen verpflichtet, wie sehr er insbesondere eugenische Initiativen des Regimes zu unterstützen gewillt war, machte Planck in einem Schreiben an Reichsinnenminister Frick vom 14. März 1933 – die letzte, noch halbwegs freie Reichstagswahl war gerade zwei Tage vorbei – deutlich. Darin erklärte er, »daß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften gewillt ist, sich systematisch in den Dienst des Reiches hinsichtlich der rassenhygienischen Forschung zu stellen«. In: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 2401. Wenig später, in seiner Rede auf der 22. Hauptversammlung der KWG am 23. Mai 1933 verkündete er, dass er das Ziel der »Abstoßung minderwertiger Volkselemente« mit großem Wohlwollen begrüße.
- 39 Ein vergleichbares Engagement zeigte Planck nicht, wenn es sich um unbekannte jüdische Forscher oder um Wissenschaftler handelte, die dem NS-Regime politisch verdächtig waren, weil sie sich vor 1933 beispielsweise bei den Sozialdemokraten engagiert hatten. Vor allem letztere ließ Planck bedenkenlos fallen. Ausführlich Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement* (wie Anm. 16), Bd. 1, bes. S. 397–408. – Michael Schüring: *Minervas verstoßene Kinder. Vertriebene Wissenschaftler und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft*, Göttingen 2006, bes. S. 80–85. – Sime: *Meitner* (wie Anm. 29), z. B. S. 199. – Vgl. allgemein Kristie Macrakis: *Exodus der Wissenschaftler aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*. In: Wolfram Fischer (Hg.): *Exodus von Wissenschaften aus Berlin: Fragestellungen – Ergebnisse – Desiderate. Entwicklungen vor und nach 1933*, Berlin und New York 1994, S. 267–283.
- 40 Planck an den KWG-Generalsekretär Friedrich Glum, vom 18. April 1933, zit. nach: Hoffmann: *Planck als Sekretär* (wie Anm. 4), S. 69. Glum hatte sich in den frühen 1930er Jahren als enthusiastischer Anhänger des Mussolini-Regimes einen Namen gemacht. Vgl. Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement* (wie Anm. 16), bes. S. 132–134, 341–343.
- 41 So formulierte Planck 1933 gegenüber Kollegen, die sich angesichts der politischen Entwicklung in Deutschland besorgt zeigten. Zit. nach: Sime: *Meitner* (wie Anm. 29), S. 191.
- 42 Lediglich Einladungen des Reichswehrministers Blomberg zu Veranstaltungen in kleinerem Rahmen nahm Planck bezeichnenderweise »sehr gern« an. Vgl. z. B. Planck an Blomberg bzw. dessen Adjutanten (von Friedeburg), vom 8., 12. und 22. Februar 1935. In: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 864/3, Bl. 35f. und 41.
- 43 Max Planck: *Die Physik im Kampf um die Weltanschauung*. In: Ders., *Vorträge und Erinnerungen*, Darmstadt 1979 (EA 1949), S. 285–300, Zitate: S. 285 f. und 298 f. Die hier und im Folgenden herangezogene Edition ist nicht unproblematisch. Nicht kenntlich gemacht wurde in dieser Edition nämlich, welche Passagen Original-Manuskripten entstammen und welche Abschnitte oder Sätze später (nach 1945) eingefügt worden sind.
- 44 Ebd., S. 299.
- 45 Max Planck: *Vom Wesen der Willensfreiheit*. In: Ebd., S. 301–317. Zitate: S. 301 und 304 f. Für die hier zitierte Edition wurde das Manuskript herangezogen, das für einen Vortrag Plancks vor der Ortsgruppe Leipzig der »Deutschen Philosophischen Gesellschaft« am 27. Nov. 1936 abgefasst wurde. Dass besonders die zitierten Passagen in der *Auslandspre*se aufmerksam registriert wurden, überrascht nicht. Vgl. »*Basler Nachrichten*«, vom 24. Febr. 1936, zit. nach: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 783/7, Bl. 160.
- 46 Vgl. seinen mehrfach gehaltenen Vortrag über »Religion und Naturwissenschaft« oder einen am 4. Dez. 1937 an der TH München gehaltenen Vortrag Plancks über »Determinismus oder

- Indeterminismus«. In: *Planck: Vorträge und Erinnerungen* (wie Anm. 43), S. 318–333. Zu den einschlägigen Passagen vgl. auch Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement* (wie Anm. 16), Bd. 1, S. 604 f. und 611 f.
- 47 Max Planck: *Sinn und Grenzen der exakten Wissenschaften*, hier und im Folgenden zitiert nach: *Europäische Revue* (1942), Heft 2, S. 75–88, Zitate: S. 78–83. Abgedruckt ist der Vortrag auch in: *Jahrbuch 1942 der KWG*, S. 93–123, ferner in: Ders., *Vorträge*, S. 363–380, Zitate: S. 367–372, 374 f. Die letztgenannte Version basiert auf einem nach 1945 überarbeiteten Manuskript.
- 48 Ernst Richert »zu Max Plancks metaphysischem Weltbild (im Anschluß an seinen Vortrag: »Sinn und Grenzen der exakten Wissenschaften«), Zusammenfassung und Kommentar, o. D. (Ende 1941/Anfang 1942), Anlage zu Erleben an Prof. Dr. Springmeyer, vom 21. Jan. 1942. In: *Archiv des IfZ, MA -141/9, Bl. 0351675-0351678*. Zur Person Richerts vgl. Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement* (wie Anm. 16), Bd. 1, S. 607 (Anm. 77).
- 49 Werner Erleben, *Kommentar zu Plancks Vortrag »Sinn und Grenzen der exakten Wissenschaften«*. In: *Archiv des IfZ, MA 141/9, Bl. 0351679-0351685*.
- 50 Erleben an Springmeyer, vom 21. Jan. 1942 (wie Anm. 48).
- 51 Erleben an den Leiter des »Reichsrings für nationalsozialistische Propaganda und Volksaufklärung« im Goebbels-Ministerium Gießler, vom 18. Dez. 1941. In: ebd., Bl. 0351659.
- 52 Vgl. »Hauptstelle kulturpolitisches Archiv« an das Reichssicherheitshauptamt, vom 27. Nov. 1941. In: *BAB, NS 15, Nr. 63, Bl. 15*.
- 53 Erleben an den Leiter des »Reichsrings für nationalsozialistische Propaganda und Volksaufklärung« im Goebbels-Ministerium Gießler, vom 18. Dez. 1941 (wie Anm. 51).
- 54 So Planck 1943 in Stockholm gegenüber Lise Meitner, nach: *Meitner an Max von Laue*, vom 28. Juni 1946. In: *Jost Lämmerich (Hg.): Lise Meitner – Max von Laue. Briefwechsel 1938–1948*, Berlin 1998, S. 452. Vgl. auch Sime: *Meitner* (wie Anm. 29), S. 392 f. und 433.
- 55 Selbst Telschows Mitgliedschaft in der NSDAP verklärte Planck zu einer patriotischen Tat, die dieser auf sich genommen habe, um die KWG zu »retten«. Immerhin war Planck so ehrlich zuzugeben, dass es vor allem Telschows »außerordentliche Spezialkenntnisse« und »sein Organisations-talent« waren, die diesen unverzichtbar (»durch niemanden zu ersetzen«) sein ließen. Als handschriftliche Erklärung in: MPG-Archiv, Abt. II, Rep. 83 (NL Telschow), Nr. 5. Als maschinengeschriebene Erklärung u. a. in: MPG-Archiv, Abt. II, Rep. 1A, PA Telschow, Nr. 1. Zur Biographie Telschows und seiner Rolle als führender Wissenschaftspolitiker des »Dritten Reiches« vgl. Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement* (wie Anm. 16), bes. Bd. 1, S. 633–648; Bd. 2, 829–836, 943–945, 1034–1036, 1077–1085, 1126–1155, 1198–1200.
- 56 Zu dieser Veranstaltung vgl. Carola Sachse (Hg.): *Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten*. Dokumentation eines Symposiums, Göttingen 2003.
- 57 Zur wissenschaftlichen Bedeutung wie zur wissenschaftspolitischen Rolle Butenandts vgl. bes. Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*, Göttingen 2004. – Achim Trunk: *Zweihundert Blutproben für Auschwitz. Ein Forschungsvorhaben zwischen Anthropologie und Biochemie (1943–1945)*, Berlin 2003. – Bernd Gausemeier: *Natürliche Ordnungen und politische Allianzen. Biologische und biochemische Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945*, Göttingen 2005.
- 58 Norbert Hilschmann: »Butenandt und Hollywood«. Vortrag vor dem Rotary-Club Göttingen-Süd am 20. Juli 2006 (gekürzte Fassung eines Vortrages vor der Leopoldina in Halle/Saale am 13. Juni 2006), Zitate: Bl. 4 bzw. 12. (Ich danke Stefan Heesch für eine Kopie des Vortragsmanuskripts.) Schlaglichter auf die Reden Hilschmanns wirft auch: Karl-Heinz Roth: *Die Max-Planck-Gesellschaft und ihre Vorbilder: Eine neue Kontroverse um Adolf Butenandt*. In: *Sozial.Geschichte* 22. Band NF (2007), S. 71–81. Dort finden sich außerdem Hinweise darauf, dass sich die Leitung der MPG (Generalverwaltung) dem Druck von Hilschmann u. a. zu beugen und von der von ihr selbst, unter der Präsidentschaft von Markl, eingesetzten Historiker-Kommission wieder zu distanzieren scheint.

Inhalt

Monika Gibas, Rüdiger Stutz, Justus H. Ulbricht (Hg.)

Couragierte Wissenschaft

Eine Festschrift für Jürgen John zum 65. Geburtstag

Klaus Dicke

Zuruf an Jürgen John

Monika Gibas, Rüdiger Stutz, Justus H. Ulbricht

Eine Vorbemerkung

I. Nationalität – Regionalität – Universität: Streifzüge entlang der Interessengebiete des Historikers Jürgen John

Dirk van Laak

Alternative oder Attitüde? Agenturen des Unpolitischen im 20. Jahrhundert 1

Rüdiger Hachtmann

Anpassung und Nonkonformität. Zur politischen Positionierung Max Plancks während der NS-Zeit 2

Rüdiger Stutz

»Rassebollwerke« und »Rüstungsschmieden« des »Dritten Reiches«. Eine Skizze zur Typologisierung der NS-Gaue in den Vorkriegsjahren 4

Philipp Neumann

Enteignet, reaktiviert und instrumentalisiert: Zur Jenaer Carl-Zeiss-Stiftung in der SBZ und frühen DDR 6

Heinz Mestrup

Zwischen zentralistischem Einheitsstaat und regionalen Eigeninteressen. Ein Plädoyer für die Erforschung des »sozialistischen Herrschaftsalltags« 7

Reinhard Jonscher

Erinnerungsort Bauernkrieg? Die Erinnerungslandschaft Thüringen und ein unbequemer Gegenstand 9

Werner Greiling

»Tja – hätte er Zeitung gelesen!«. Albert Schaefer-Ast als Zeichner für die *Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland* in Weimar. Mit 16 Graphiken und drei ungedruckten Quellen 11

Werner Branke

Die Novemberrevolution – eine fast vergessene Revolution 13

Inhalt

Monika Gibas, Rüdiger Stutz, Justus H. Ulbricht (Hg.)

Couragierte Wissenschaft

Eine Festschrift für Jürgen John zum 65. Geburtstag

Klaus Dicke

Zuruf an Jürgen John

Monika Gibas, Rüdiger Stutz, Justus H. Ulbricht

Eine Vorbemerkung

I. Nationalität – Regionalität – Universität: Streifzüge entlang der Interessengebiete des Historikers Jürgen John

Dirk van Laak

Alternative oder Attitüde? Agenturen des Unpolitischen im 20. Jahrhundert 1

Rüdiger Hachtmann

Anpassung und Nonkonformität. Zur politischen Positionierung Max Plancks während der NS-Zeit 2

Rüdiger Stutz

»Rassebollwerke« und »Rüstungsschmieden« des »Dritten Reiches«. Eine Skizze zur Typologisierung der NS-Gaue in den Vorkriegsjahren 4

Philipp Neumann

Enteignet, reaktiviert und instrumentalisiert: Zur Jenaer Carl-Zeiss-Stiftung in der SBZ und frühen DDR 6

Heinz Mestrup

Zwischen zentralistischem Einheitsstaat und regionalen Eigeninteressen. Ein Plädoyer für die Erforschung des »sozialistischen Herrschaftsalltags« 7

Reinhard Jonscher

Erinnerungsort Bauernkrieg? Die Erinnerungslandschaft Thüringen und ein unbequemer Gegenstand 9

Werner Greiling

»Tja – hätte er Zeitung gelesen!«. Albert Schaefer-Ast als Zeichner für die *Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland* in Weimar Mit 16 Graphiken und drei ungedruckten Quellen 11

Werner Bramke

Die Novemberrevolution – eine fast vergessene Revolution 13

	<i>Inhalt</i>	<i>Inhalt</i>	
<i>Stefan Gerber</i> Geschichte als Argument oder fortgesetzter Bürgerkrieg? Die »Linksregierungen« in Thüringen 1921–1923 in Geschichtspolitik und Autobiographie	142	<i>Wieland Becker</i> »Treffpunkt Kino«. Von Freuden und Fährnissen der Filmclubarbeit in der DDR	31
<i>Norbert Frei</i> Hitler, Holocaust und Zeitzeugen. Anmerkungen zur NS-Vergangenheit im deutschen Fernsehen seit den achtziger Jahren	158	<i>Silke Satjukow und Rainer Gries</i> »Leuchte, mein Stern, leuchte«. Vom Transfer revolutionärer Hoffnungen im Kunstfilm	32
<i>Jan Schönfelder</i> Zwischen Forschung und Format. Zeitgeschichte im Regionalfernsehen	165	<i>Monika Gibas</i> Clio am Scheideweg: Die Biermann-»Affäre« und die akademische Geschichtswissenschaft in Leipzig und Jena	33
<i>Joachim von Puttkamer</i> Irrwege des Erinnerns. Die Ausstellung »Erzwungene Wege« im Berliner Kronprinzenpalais	174	<i>Rainer Eckert</i> Jürgen John und das Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR	34
<i>Rüdiger vom Bruch</i> Universität und Stadt. Streiflichter einer Beziehungsgeschichte	191	<i>Lutz Niethammer</i> Nachdenken über postdiktatorische Sprachregelungen. Das Beispiel »Aufarbeitung der SED-Diktatur«	36
<i>Lothar Machtan</i> Der Königsmechanismus: Wie ein Kaisersohn zu akademischen Ehren und ein berühmter Professor zu seinem Adelstitel kamen	200	<i>Lothar Ehrlich</i> Wie ein Weimarer Germanist mit einem Jenaer Historiker Projekte machte	37
<i>Hans-Werner Habn</i> »Gardienne en tout temps de la liberté de penser«. Jakob Venedey und das Jenaer Universitätsjubiläum von 1858	207	<i>Rüdiger Haufe</i> Johnsche Impulse – Eine Reminiszenz	38
<i>Völker Wahl</i> Die Thüringische Historische Kommission von 1945 bis 1957 als »One-Man-Show«	216	<i>Thomas Wenzel</i> RTE, KTM und Johnsche Ich-AG. Aus dem Leben eines Hiwis	38
<i>Tobias Kaiser</i> Universitätsgeschichte und Totalitarismustheorien. Eine Diskussionsanregung	231	<i>Justus H. Ulbricht</i> Ein Mann in Thüringens Mitte oder: Erinnerungsarbeit als Identitätskritik Freundschaftlicher Versuch über Jürgen John	39
<i>Uwe Hofffeld</i> Lyssenko versus Darwin: Georg Schneiders Vorlesungsmanuskript »Geschichte der Evolutionslehre« von 1957	246		
II. Aus der Mitte der DDR nach »Deutschlands Mitte«: Der Historiker Jürgen John aus der Sicht von Weggefährten und Zeitgenossen		III. Anhang	
<i>Konrad Breitenborn</i> Vom Wandern und Wählen. Von Vollbärten und dem Volksaufstand im Juni 1953	277	<i>Reinhard Jonscher, Oliver Lemuth und Thomas Pester</i> Publikationsverzeichnis von Jürgen John (1965–2007)	40
<i>Lutz Heydick</i> Geschichte vor Ort	304	Abkürzungsverzeichnis	40
		Tabula Gratulatoria	x